

Interview Focus 5.12.2011

1/ Wie erklären Sie sich das erlahmende Interesse der Deutschen bei der Altersvorsorge? Welche Rolle spielt aus Ihrer Sicht dabei die aktuelle Schulden-/Banken-/Währungskrise?

Private Altersvorsorge war nie attraktiv, weder ökonomisch noch im Urteil der Menschen. Sie wurden lediglich durch die politisch gewollte, bewusste Zerstörung des Sozialrentenniveaus in Privatverträge getrieben. Angesichts von Wirtschaftskrise und Einkommensverlusten können sie sich diese kaum noch leisten.

2/ Was raten Sie den Menschen, wie sollten diese sich jetzt verhalten?

Da Sozialrenten Niedrigverdiener nicht ausreichend absichern und Privatverträge unbezahlbar sind, besteht eine Lösung nur in einer Bürgerversicherung, in der alle Personen mit allen Einkommen versichert werden. Die Unternehmen sind auf Basis ihrer Wertschöpfung für die Hälfte der Kosten des Gesamtsystems heranzuziehen („paritätische Finanzierung“).

3/ Wie reagieren Sie (als Unternehmen, als Institution bzw. als Person) darauf? Welche Konsequenzen ziehen Sie daraus?

Wir leisten Aufklärungsarbeit über die ökonomische und politische Unsinnigkeit privater Rentenversicherungen und engagieren uns für die Wiederherstellung einer umfassenden Altersvorsorge als öffentliche Aufgabe. Wir sind ansprechbar für Vorträge, Seminare, Diskussionsrunden.

4/ Die Deutschen halten ein selbstgenutztes Eigenheim derzeit für die beste Altersvorsorge. Stimmen Sie dem zu?

Individuell gibt ein Eigenheim eine gewisse Sicherheit. Gesellschaftlich ist es eine Frage der politischen Aushandlung, welchen Anteil welche Personen am jeweiligen Sozialprodukt erhalten. Das Umlageverfahren, in dem wirtschaftlich aktive Personen Einkommensanteile an nicht aktive abtreten, bildet diesen Umstand am ehrlichsten ab und macht ihn am einfachsten handhabbar. So gesehen ist der beste Schutz eine umfassende Sozialversicherung.

5/ Was halten Sie von der Idee, nicht länger auf ein voll finanziertes Rentnerdasein zu setzen, sondern vielmehr auf ein lebenslanges Hinzuverdienen (z.B. in Teilzeittätigkeiten) zur gesetzlichen und privaten Rente?

Es sollte Menschen, die sich entsprechend fit fühlen, möglich sein, so lange Erwerbsarbeit auszuüben, wie sie wollen. Für viele ist aber der Arbeitsprozess so belastend, dass sie bei weitem nicht einmal das Rentenalter gesund erreichen. Deshalb ist eine umfassende Finanzierung des Alters unverzichtbar.

Interview Managermagazin 21.12.2011

1/ Glaubt man repräsentativen Umfragen, erlahmt das Interesse an der privaten Altersvorsorge (zuletzt Umfrage Fidelity Worldwide 12. Dezember). Wie erklären Sie sich das Phänomen?

Seit einiger Zeit wird in Politik, Medien und Wissenschaft verstärkt behauptet, die private Altersvorsorge bringe höhere Renditen als das gesetzliche Rentensystem. Das kann zu einzelnen

Zeitpunkten zwar sein, stimmt aber dauerhaft nicht. Im Gegenteil, in der Privatversicherung werden die Beitragsgelder einer Kapitalsammelstelle anvertraut, die sie auf den Märkten anlegt. Dafür will sie bezahlt werden und mitverdienen. Das macht das private System gegenüber dem gesetzlichen teurer, in dem die Beiträge der Versicherten unmittelbar an die Rentnerinnen und Rentner weitergeleitet werden. Zusätzlich trägt der Privatversicherte das Anlagerisiko. Jetzt in der Krise werden diese Nachteile offen sichtbar und die Menschen wenden sich von der Privatvorsorge ab. Außerdem haben viele Menschen auf Grund der negativen Einkommensentwicklung der letzten Jahre schlicht nicht das Geld, eine private Versicherung zu bezahlen.

2/ Die Verunsicherung ist groß, viel Geld landet derzeit auf schwach verzinsten Konten. Was raten Sie, wenn jetzt jemand 50 000 Euro für seine Altersvorsorge investieren möchte?

Sie können die Wohnung oder das Haus kaufen, in dem Sie leben. Wer schon im Eigentum wohnt, kann es energetisch auf den neuesten Stand bringen. Aber tatsächlich gibt es individuell keine wirklich überzeugenden Möglichkeiten. Die Vorsorge für die großen Lebensrisiken wie Alter und Gesundheit muss gesellschaftlich erfolgen, indem alle Personen und alle Einkommen mit einbezogen werden.

3/ Die Kapitalmarktkrisen der letzten 12 Jahre haben die Vorsorgepläne vieler Menschen zunichte gemacht, die Rentenlücke wächst tendenziell. Werden künftig noch mehr Rentner im Alter hinzuverdienen müssen?

Seit Jahren sinkt in unserer Gesellschaft das Arbeitsvolumen, also die Zeit, die alle Beschäftigten und Selbstständigen zusammengenommen ihrem Beruf nachgehen. Die Nachfrage nach Arbeit ist hierzulande offensichtlich gedeckt. Auf diesem Hintergrund ist es unsinnig, Sicherungsstrategien auf längerer Arbeitszeit aufzubauen. Notwendig ist vielmehr ein System der Einkommenssicherung. Mit dem bedingungslosen Grundeinkommen für alle liegt dazu ein umfassender und gut ausgearbeiteter Vorschlag vor. Die Modelle unterscheiden sich, je nachdem, ob sie in der CDU, bei der Linken, in Attac oder von Unternehmerseite diskutiert werden, aber der Kern bleibt gleich: Jeder Mensch braucht ein Einkommen.

4/ Zu kompliziert, zu teuer, zu renditeschwach – die Riester-Rente steht nach zehn Jahren stärker in der Kritik denn je. Der Wettbewerb versagt, viele Menschen sind überfordert. Braucht Deutschland eine Reform der privaten Altersvorsorge?

Attac hatte von Anfang an vor der Einführung der Riester-Rente gewarnt. Es war und ist offensichtlich, dass kapitalgedeckte Systeme der Daseinsvorsorge ein zentrales Problem der Kapitalmärkte verschärfen: Sie sichten Geld zeitweise aus dem gesellschaftlichen Konsum- in den Investitionsfonds um, obwohl es schon bislang eher zu wenige sichere und ausreichend profitable Anlagemöglichkeiten gibt als zu viele. Das führt zu immer riskanteren Anlagestrategien und -produkten.

5/ Was halten Sie von einer "Positivliste", mit wenigen standardisierten und staatlich bezuschussten Vorsorgeprodukten in Deutschland?

Gar nichts. Daseinsvorsorge ist öffentliche Aufgabe. Alle privaten Vorsorgestrategien sind für die Einzelnen riskant und gesellschaftlich teuer. Die Förderung privater Geldanlage in welcher Form auch immer (das betrifft auch die Betriebsrenten, die ja ebenfalls auf den Märkten angelegt werden) aus öffentlichen Mitteln muss sofort eingestellt werden. Stattdessen ist ein öffentliches System notwendig, das umlagefinanziert ist und alle Einkommen vom ersten Cent bis zum letzten Euro erfasst.